

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1988
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Schleswig-Holstein

„Liberales Programm für Schleswig-Holstein“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Damp am 21./22. Februar 1987)

Liberales Programm für Schleswig-Holstein.

Das Programm der F.D.P. für die liberale Erneuerung Schleswig-Holsteins. Beschlossen auf dem Landesparteitag der F.D.P. Schleswig-Holstein am 21./22. Februar 1987 in Damp.



D 1 - 1180

Herausgeber:
F.D.P. Landesverband Schleswig-Holstein,
Russeer Weg 132, 2300 Kiel 1.
Tel.: 04 31/52 49 09.

Druck:
d & w Gesellschaft für Druck und Werbung mbH,
Russeer Weg 132, 2300 Kiel 1.
Tel.: 04 31/52 45 61.

Inhalt

	Seite
Liberaler Neuanfang in Schleswig-Holstein	3
Die Umwelt bewahren - es gibt nur die eine	5
Naturschutz ist Artenschutz	5
Schadstoffe kennen keine Grenzen	5
Am Ende ist alles Müll	6
Sondermüll macht uns das Leben schwer	6
Die Altlasten sind unsere Last	8
Ohne Wasser kein Leben	8
Was Wasser war, wird Abwasser	9
Energie ist ein heißes Thema	10
Schneller Verkehr ist nicht alles	11
Recht kommt vor Macht	12
Das Gegenteil eines kurzen Prozesses heißt nicht: die unendliche Geschichte	12
Verwaltung heißt dienen, nicht dienen	13
Wer vernetzt ist, ist nicht mehr frei	14
Die Politik beginnt in der Gemeinde	14
Das Landesparlament ist der Ort des Geschehens	15
Gleichberechtigung ist mehr als Emanzipation	15
Der Mensch lebt nicht vom Brot allein	15
Kunst braucht Freiheit	16

Nur wer frei wählen kann, ist auch frei	16
Bildung ist Zukunft	17
Die Schule prägt das Leben	18
Wirtschaft ist nicht alles - aber ohne Wirtschaft ist alles nichts	18
Auch in Schleswig-Holstein heißt es: im Westen nichts Neues	19
Ein »Laden-öffne-dich« kann helfen	19
Die Werften brauchen mehr als nur schöne Worte	20
Technologie sichert die Zukunft	20
Sanierung des Landeshaushalts nötig	21
Subventionen sind ein Sumpf, in dem der Wettbewerb erstickt	21
Fremdenverkehr gewinnt an Bedeutung	22
Wie werden wir morgen wohnen?	22
Wer Hilfe braucht, dem muß geholfen werden	23
Fischerei muß gesichert werden	23
Landwirtschaft betrifft uns alle	24
Landwirtschaft in Not	24
Mut zur Wahrheit	24
Die Landwirtschaft braucht faire Marktchancen	25
Marktordnungs- und Sozialpolitik müssen voneinander getrennt werden	25
Chancen durch Nebenerwerb	25
Ökologische Verantwortung muß von allen getragen werden	26
Eine Regionalisierung der Agrarpolitik ist nötig	27

Liberaler Neufanfang in Schleswig-Holstein

Am 8. Mai 1988 soll erneut ein Landtag gewählt werden.

Unser Ziel war und ist die liberale Erneuerung der Landespolitik in Schleswig-Holstein. Bei der rückliegenden Wahl war die F.D.P. angetreten, die CDU-Alleinregierung durch eine bürgerlich-liberale Koalition zu ersetzen. Das war unser Versprechen an die Wähler. Mit diesem Auftrag wurden wir in den Landtag gewählt. Dies ist unser Ziel geblieben: unverändert.

Wir wollen mit frischen Kräften eine Erneuerung der Landespolitik in Schleswig-Holstein herbeiführen, die für den Bürger klar und berechenbar ist. Denn nach Monaten politischer Lähmung müssen die anstehenden Sachfragen um so entschlossener angepackt werden. Mit Mut und Elan, aber ohne falschen Eifer. Mit Vernunft und Augenmaß, aber ohne Illusionen. Mit Konzeptionen, die Schleswig-Holstein attraktiver machen: Stärkung und Modernisierung der Wirtschaft als Garant für sichere Arbeitsplätze im Lande; Innovations- und Technologieförderung; Ausbau des Umweltschutzes; Stärkung von Bürger- und Mitwirkungsrechten zur Kontrolle politischer Macht.

Eines hat die Kieler Affäre mehr als alles andere gezeigt: Absolute Mehrheiten verführen zu unkontrollierter Macht. Und unkontrollierte Macht verführt zu Machtmißbrauch. Wer die Folgen der absoluten Mehrheit der CDU erlebt hat, kann eine absolute Mehrheit der SPD nicht wünschen.

Nur wenn nach dem 8. Mai eine bürgerlich-liberale Koalition nicht möglich wird, sind wir zu Verhandlungen auch mit der SPD bereit. Dies ist keine Hintertür für die F.D.P., sondern ein Notausgang für Schleswig-Holstein. Die politische Lähmung muß endlich überwunden werden.

Die einzige Chance für einen bürgerlich-liberalen Neufanfang ist eine starke F.D.P.

Die beste Garantie zur Kontrolle von Macht ist eine starke F.D.P.

Das richtige Konzept für die Zukunftsaufgaben Schleswig-Holsteins ist eine starke F.D.P.

Wir setzen auf die Vernunft der Wähler und auf die Kraft guter Argumente. Geben Sie deshalb unserem Land die Chance zum Neufanfang: Mit Ihrer Unterstützung für die F.D.P., nicht nur mit Ihrer Stimme am Wahltag.

Die Umwelt bewahren - es gibt nur die eine

Wir haben eine besondere Verpflichtung, unsere Umwelt zu schützen.

Der allzu sorglose Umgang mit der Natur in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten holt uns ein. Gefährliche Altlasten, Giftstoffe im Wasser, im Boden und in der Luft bedrohen unsere Lebensgrundlagen.

Es ist höchste Zeit, erkannte Schäden zu beseitigen und neue zu verhindern. Umweltschutz ist der Glaubwürdigkeitstest für Politik. Deshalb fordern wir eine unverzügliche Bündelung der Zuständigkeiten in einem Umweltministerium. Auf der Ebene der Landesämter und der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ist der Umweltschutz entsprechend zu straffen und zu verstärken.

Naturschutz ist Artenschutz

Wir können Beton nicht essen und Kunststoff nicht trinken. Wir brauchen saubere Luft, klares Wasser und gesunden Boden. Wir können ohne Pflanzen und Tiere nicht leben. Deshalb müssen wir Luft, Wasser und Boden schützen und Pflanzen und Tiere durch Schutz ihrer Lebensräume erhalten.

Der Landschaftsverbrauch durch neue Straßen, Zersiedlung und landwirtschaftliche Produktion ist drastisch zu verringern.

Wir brauchen mehr Wälder, Gehölze und Bäume, mehr naturnahe Bäche und mehr Kleingewässer, intakte Moore und Feuchtgebiete. Wir brauchen eine vielfältigere Landschaft. Die für unser Land typischen Knicks müssen durch Pflege und Schaffung von Randzonen konsequent erhalten werden. Küstenlandschaften sind zu bewahren. Weitere Flächen, insbesondere in Feuchtgebieten, müssen für den Naturschutz bereitgestellt werden. Wir brauchen ausreichend naturnahe Flächen in jeder Gemeinde. Die herkömmliche Flurbereinigung ist überholt. Der Einsatz öffentlicher Mittel ist nur noch zur Verbesserung der Landschaftsvielfalt gerechtfertigt.

Schadstoffe kennen keine Grenzen

Umweltbelastung macht nicht vor Grenzen halt.

Deshalb sind gemeinsame länderübergreifende Maßnahmen notwendig.

Diese Feststellung darf nicht dazu führen, auf solche Gemeinsamkeiten zu warten. Wir müssen den Schadstoffeintrag drastisch begrenzen - jetzt.

Schleswig-Holstein braucht einen Smog-Alarm-Plan. Die Grundwerte der Verordnung und die angeordneten Maßnahmen sollten sich an den Hamburger Bestimmungen orientieren. Bundeseinheitliche Regelungen sind anzustreben.

Wir wissen, nur was teuer ist, wird auch pfleglich behandelt.

Wer Umweltschutz versäumt, darf die Kosten nicht auf die Gesellschaft abwälzen. Ein wirksamer Anreiz zu umweltverträglichem Handeln ist es, den

Verursacher der Schadstoffe mit den vollen Kosten ihrer Beseitigung zu belasten.

Künftig darf ein neuer Stoff nur hergestellt werden, wenn gleichzeitig die Möglichkeit seiner umweltverträglichen Entsorgung nachgewiesen ist.

Am Ende ist alles Müll

Langsam aber sicher ersticken wir im Abfall. Dies können wir vermeiden, wenn wir von der Wegwerfmentalität zu einer Kreislaufwirtschaft mit Aufarbeitung »verbrauchter« Stoffe übergehen.

Auf diese Weise wird die Umwelt entlastet und Rohstoff - auch für kommende Generationen - gesichert.

Wer Stoffe wiederverwerten will, muß für eine möglichst getrennte Sammlung nach Abfallarten sorgen.

Die Vorsortierung nach Weißblech, Aluminium, Kunststoff, Papier und Pappe, Glas, Sondermüll und organischem Abfall ist weiter voranzutreiben.

Der Übergang von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft wird nur möglich sein, wenn die Wirtschaft bei der Wiederverwertung der Abfallstoffe unterstützt wird.

Deshalb sind Betriebe, die neue Wege bei der Abfallverwertung gehen, befristet zu fördern.

Gleiches gilt für Produkte, die als Folge der Wiederverwertung aus Abfallstoffen erzeugt werden. Marktchancen werden auf absehbare Zeit erst durch öffentliche Förderung eröffnet. Die öffentliche Hand sollte bei Ausschreibungen und Auftragsvergabe beispielhaft vorangehen.

Organischer Müll wie Pflanzen- und Küchenabfall sollte kompostiert werden, damit er in der Landwirtschaft, im Gartenbau und im Landschaftsbau Verwendung finden kann.

Hierzu ist es unabdingbar, daß der umweltgefährliche Sondermüll - wie auch aus dem übrigen Hausmüll - durch gesonderte Sammlungen erfaßt wird.

Sondermüll macht uns das Leben schwer

Die Anzahl der Stoffe, die für die Umwelt gefährlich sind und deshalb nicht sicher in einer Deponie gelagert werden können, wächst ständig.

Unabhängig davon, daß die Entstehung derartigen Sondermülls soweit wie möglich vermieden werden muß, ist er in Behandlungs- und Beseitigungsanlagen für Schleswig-Holstein und Hamburg zu verwerten bzw. in eine weniger umweltgefährliche Form umzuwandeln. Verfahrenstechnische Forschungen in diese Richtung sind zu fördern.

Eine Verbrennungsanlage für flüssige organische Stoffe in Schleswig-Holstein ist dringend erforderlich.

Um den Übergang in die umweltverträgliche Kreislaufwirtschaft zu fördern, wird die Einführung eines Abgaben-Pfandsystems gefordert.

Die Produktion und Verwendung von Stoffen, die nach Gebrauch Sondermüll ergeben, werden so verteuert.

Der Verbraucher, der umweltbelastende Stoffe über den Handel zurückgibt bzw. sie einer ordnungsgemäßen Behandlung zuführt, erhält einen Teil der Abgabe als Pfand zurück.

Alle umweltschädlichen Stoffe müssen mit Hinweisen über die Art ihrer Gefährlichkeit sowie die Möglichkeit ihrer Entsorgung gekennzeichnet werden. Die bereits angewandten Methoden einer Rückgabe für alte Arzneimittel und Batterien über den Fachhandel sind zu verbessern und auf andere Produkte auszudehnen.

Darüberhinaus muß damit begonnen werden, die Produktion bestimmter Stoffe zu verbieten. Nur so vermeiden wir heute die Altlasten von morgen.

Die durch das Abfallgesetz eröffneten Kontrollmöglichkeiten mit Hilfe von Transport- und Beseitigungsgenehmigungen sind umfassend wahrzunehmen. Es ist umgehend ein entsprechendes Kataster aufzubauen und aktuell zu halten.

Die Bewältigung des Sondermüllproblems eignet sich nicht für den Wettbewerb um den billigsten Anbieter. Gefordert ist der Wettbewerb um die sicherste Lösung.

Transporte von Sonderabfall über weite Strecken und in großen Mengen gefährden die Bevölkerung. Sie sind auf ein Mindestmaß zu beschränken und in die Gefahrgutverordnung aufzunehmen mit einer besonderen Bezeichnung. Die Landesregierung ist aufgefordert, für schleswig-holsteinische Abfälle andere Beseitigungsmöglichkeiten als durch Ablagerung in Schönberg zu entwickeln. Sie muß stärker als bisher auf die anderen Landesregierungen sowie die Bundesregierung einwirken, damit der Mülltransport in die DDR eingestellt wird.

Der Sondermüllexport nach Schönberg in der DDR ist unverantwortlich. Hierbei ist nicht nur die Frage der Sicherheit einer Ablagerung - die nur die letzte aller Möglichkeiten sein sollte - zu beachten.

Solange Müll in die DDR ausgeführt wird, lohnen sich Verwaltungs- und Behandlungsmöglichkeiten im eigenen Land nicht, die technisch möglich sind und die Umwelt insgesamt weniger belasten würden.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß in Schleswig-Holstein Pilotprojekte für modernste Müllbeseitigungsanlagen entstehen.

In diesem Zusammenhang ist die von der Landesregierung geplante Containerdeponie für Stoffe, die sonst nicht beseitigt werden können, sicher und nach dem neuesten Stand der Technik auszugestalten.

Die Altlasten sind unsere Last

In der Vergangenheit sind auf alten Deponien und früheren Gewerbestandorten sowie in wilden Ablagerungen eine Reihe umweltgefährlicher Stoffe in hoher Konzentration gefunden worden.

Diese sog. Altlasten sind ständige Quellen möglicher Dauerschäden für das Grundwasser und den Boden.

Die katastermäßige Bestandsaufnahme der Altlasten muß fortgesetzt und auf dem neuesten Stand gehalten werden. Hohe Priorität haben die Hamburg nahen Altlastendeponien und ihre Umgebung. Hierbei sind alle erreichbaren Informationen über die Zusammensetzung des Mülls bzw. die Art der Verseuchung aufzunehmen.

Wer die Gefahr schnell bannen will, muß das Grundwasser, Gas und Boden an derartigen Standorten ständig beobachten.

Wer nicht warten will, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, muß die Gefahr durch Sanierung beseitigen. Hierbei sind Maßnahmen zu ergreifen, wie das Abdichten der Deponie bzw. der Grundstücke gegen das Grundwasser - z.B. durch Spundwände, Grundwasserabsenkungen usw. - sowie ein Abtragen des Mülls bzw. Bodens und dessen ordnungsgemäße Behandlung nach heutigen Erkenntnissen.

Finanzielle Überlegungen sind zwar wichtig, doch nachrangig. Die Kosten einer Sanierung sind allemal geringer als die Kosten für die Beseitigung eines einmal eingetretenen Umweltschadens.

Die Kosten für die Sanierung dürfen nicht dem zufälligen Eigentümer des Grundstücks oder der Standortgemeinde angelastet werden - wie dies anlässlich der Bebauung von ehemaligen Mülldeponien in Schleswig-Holstein zu geschehen droht.

Sie müssen soweit wie möglich dem Verursacher der Müllablagerung oder sonstigen Verseuchung angelastet werden. Soweit das nicht möglich ist, sind die Kosten von Bund, Land und Kommunen zu tragen. Sie haben über die Verwaltungspraxis der Vergangenheit die Entstehung der Altlasten möglich gemacht.

Da die Verursacher der Hamburg nahen Deponien oftmals in Hamburg sitzen (saßen), können sie aufgrund anderer Landesgesetze meist nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Da aber Umweltschutz nicht an Landesgrenzen aufhören darf, fordert die F.D.P. die Errichtung eines Norddeutschen Verbundes, der zur Altlastensanierung ein Finanzprogramm entwickelt.

Ohne Wasser kein Leben

Der Trinkwasserverbrauch hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Die oberflächennahen Grundwasserschichten sind für Trinkwasser oftmals nicht geeignet. Sie sind durch Nitrat und andere Stoffe bereits verschmutzt. Wassergewinnungsgebiete sollen als Trinkwasserschutzgebiete ausgewiesen werden.

Wir müssen erkennen, daß Trinkwasser örtlich zum knappen Gut geworden ist. Um die jetzige Versorgungsgüte langfristig zu sichern, müssen die Grundwasservorräte geschont, sollte eine weitere Steigerung des Pro-Kopf-Verbrauchs vermieden werden.

Im persönlichen Lebensbereich sind durch Information und Aufklärung der Bevölkerung Wassereinsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die Trinkwassergebühren sollten über einen vergleichbar geringen Grundpreis und einen höheren Verbrauchspreis zur Sparsamkeit anhalten.

Im gewerblichen Bereich sind gesonderte Brauchwassernetze in Gewerbegebieten zu verlegen, um damit Trinkwasser zu sparen. Es ist vorzusehen, daß Kühlungsanlagen nicht mehr mit Trinkwasser betrieben werden.

Die Landesregierung soll dem Landtag einen jährlichen Bericht über die Situation bei den Grund- und Trinkwasservorräten (Trinkwasserbericht) vorlegen. Außerdem ist auf die Wasserwerke einzuwirken, daß ihr Unternehmensziel nicht die Verbrauchssteigerung sein kann.

Für die Versorgung mit gesundem Trinkwasser sind sofort alle Asbestrohrnetze, Bleileitungen und andere Rohrleitungen, die schadstoffhaltige Schwimstoffe den Verbrauchern zuführen, im privaten und öffentlichen Trinkwassernetz auszutauschen.

Was Wasser war, wird Abwasser

Viele unserer Probleme mit Gewässern und dem oberflächennahen Grundwasser sind auf den Schadstoffeintrag durch Abwasser zurückzuführen. Hier müssen wir Erhebliches tun, um Abwasser von biologisch nicht abbaubaren Stoffen und Schwermetallen freizuhalten.

Vordringliche Maßnahme dafür ist die Verteuerung aller Stoffe, die regelmäßig ins Abwasser gelangen und biologisch nicht abzubauen sind. Das betrifft insbesondere Stoffe in Wasch-, Reinigungs- und Lösungsmitteln (z.B. Phosphate).

Techniken, die die Reinigung des Abwassers von Schwermetallen und anderen Schadstoffen ermöglichen, sind gezielt zu fördern. Nur so kann auch gewährleistet werden, daß der Klärschlamm aus Abwasserbehandlungsanlagen künftig land- und forstwirtschaftlich wieder genutzt werden kann.

Energie ist ein heißes Thema

Ziel jeder verantwortungsbewußten Energiepolitik muß es sein, durch bessere Ausnutzung der eingesetzten Energie, insbesondere der Abwärme bei Umwandlungsprozessen und der Stromerzeugung in Wärmekraftwerken, Energie (Primärenergie) einzusparen.

Wir haben bereits Beispiele einer besseren Nutzung der Abwärme aus Kohlekraftwerken durch die Kraftwärmekopplung (Nutzung der Abwärme bei der Stromerzeugung) in Flensburg, Kiel und Norderstedt. Dieser Weg ist zügig weiter zu beschreiten, z.B. durch den Ausbau von Fernwärmenetzen.

Wir müssen außerdem vermeiden, von einzelnen Energieträgern abhängig zu werden.

Nach Inbetriebnahme von Brokdorf werden 70 % des in Schleswig-Holstein produzierten Stroms durch Kernenergie erzeugt.

Heute bestehen aufgrund falscher Energieverbrauchsschätzungen erhebliche Überkapazitäten. Bei zusätzlichen Sicherheitserfordernissen erlaubt dies eine frühere Stilllegung von Anlagen.

Für uns gilt - nicht erst seit Tschernobyl -, daß diese Art der Energiegewinnung sobald wie möglich durch gleichermaßen wirtschaftliche wie umweltfreundliche Energiegewinnungsarten abgelöst werden muß. Deshalb streben wir an, die Nutzung der Kernspaltung zur Energiegewinnung spätestens mit der normalen Lebensdauer der Reaktoren auslaufen zu lassen. Wir wollen keine neuen Kernkraftwerke.

Nur so können wir verhindern, daß noch mehr radioaktiv strahlendes Material auf der Erde anfallen wird.

Nur so können wir die wirtschaftlichen Vorteile der Kernenergie für eine Übergangszeit nutzen, ohne von ihr abhängig zu werden.

Die in Schleswig-Holstein betriebenen Kernkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf sind ständig einer Sicherheitsprüfung zu unterziehen, die über Weiterbetrieb oder Stilllegung entscheidet.

Die Katastrophenschutzpläne für Kernkraftunfälle sind zu überarbeiten und bis auf die personenbezogenen Daten zu veröffentlichen.

Die Öffentlichkeit muß über die Gefahren und Schutzmaßnahmen bei Unfällen mit radioaktiven Stoffen ausführlicher und sachlicher informiert werden.

Eine verstärkte Nutzung von Kohle und Erdöl führt zu erheblichen Umweltbelastungen, die kurzfristig zur Übersäuerung des Bodens, der Verschmutzung der Luft und zum Waldsterben beitragen und langfristig zu einer nicht mehr umkehrbaren andauernden Veränderung der Erdatmosphäre und damit unseres Klimas führen. Eine Ausweitung des Einsatzes fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) zur Energiegewinnung ist daher abzulehnen.

Wir wollen, daß das Energiewirtschaftsgesetz geändert wird mit dem Ziel, re-

gionale Energieversorgungskonzepte zu ermöglichen, energieeinsparende Technologien zu fördern und den Wettbewerb zwischen verschiedenen Energieträgern anzuregen.

Das geltende Recht hat die Bildung großer Einheiten und die damit verbundenen Versorgungsmonopole begünstigt. Wir setzen auf kleine, bedarfsgerechte Lösungen.

Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und die Verwertung der Abwärme sowie die Schonung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen müssen als gesetzliche Ziele neu beschrieben werden.

Wir wollen auch die Öffnung der Energieverteilnetze zur Durchleitung und auch zur Einspeisung von Strom, der nicht von den Energieversorgungsunternehmen hergestellt wird.

Es ist Aufgabe des Landes - auch aus wirtschaftspolitischer Sicht - die Erforschung von risikoärmeren, insbesondere auch erneuerbaren Energiequellen und der Energiespeicherung voranzutreiben. Hierzu gehört in Schleswig-Holstein vor allem die Entwicklung von Windkraftanlagen, ein weites Betätigungsfeld gerade für unsere mittelständische Wirtschaft.

Schneller Verkehr ist nicht alles

Schleswig-Holstein ist kein Verkehrsentwicklungsland mehr.

Wir dürfen eine weitere Zerschneidung der Landschaft nicht zulassen.

Wir müssen den Flächenverbrauch für Verkehrswege stoppen.

Dies bedeutet, daß der Ausbau des vorhandenen Straßennetzes Vorrang vor Neubaumaßnahmen genießt.

Neubaumaßnahmen sind grundsätzlich nur zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten, für Ortsumgehungen oder Bahnkreuzungen vorzusehen. Bisher in Angriff genommene Neubaumaßnahmen sollten zu Ende geführt oder in geeigneter Weise abgeschlossen werden.

Die Ausstattung mit Radwegen an allen geeigneten Straßen ist voranzutreiben. Eine bedarfsgerechte Erweiterung des Hamburger Elbtunnels im Verlauf der Bundesautobahn ist erforderlich. Eine zusätzliche Elbquerung stromabwärts ist nur als Tunnel vertretbar.

Wer aufs Auto verzichten will und auch das Rad nicht nutzen kann, braucht ein sinnvolles Angebot im öffentlichen Personennahverkehr. Insbesondere für den Regional-, Schüler- und Werksverkehr muß etwas getan werden: Eine Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten und Anschlüsse, die Einführung des Zeittakts auf Bahn- und Busstrecken, die Einführung von Verbundfahrkarten und der Einschluß des Schüler- und Werksverkehrs in den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr sind erste geeignete Lösungsansätze.

Hier hat die Landesregierung bisher viel zu wenig getan.

Der Abbau des Schienenverkehrs muß gestoppt werden.

Die Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes in Schleswig-Holstein ist unverzichtbar.

Recht kommt vor Macht

Wir Liberale kämpfen für den einzelnen und sein Recht - nicht für mächtige Interessengruppen.

Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist es, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Hierzu gehören sowohl die persönliche Freiheit als auch die Verwirklichung von Gerechtigkeit. Die Gesetze und das Recht dürfen nicht zu einem Netz von Einschnürungen und Reglementierung verkommen.

Der Staat ist für seine Bürger da, nicht umgekehrt.

Die Verwaltung hat die Rechtsvorschriften anzuwenden. Sie darf dabei niemals das grundlegende Entfaltungs- und Gleichbehandlungsverlangen der Bürger aus dem Blick verlieren.

Die Gerichte müssen zuverlässig, unparteiisch und wirksam die Einhaltung des Rechts sichern. Vor ihnen hat jeder den gleichen Anspruch auf Erlangung seines Rechts.

Der Frieden in der Gesellschaft hängt nicht zuletzt davon ab, wie es der Justiz gelingt, Konflikte zu lösen.

Ausbildungsstand, Leistungsniveau, Organisation und Verfahren müssen deshalb ständig so verbessert werden, daß sie der Aufgabe einer friedlichen Streit-schlichtung gerecht werden. Hierzu gehört auch die bedingungslose Unabhängigkeit der Rechtssprechung.

Wir wollen, daß der Richterwahlausschuß in unserem Land wieder in seine vollen Befugnisse eingesetzt wird. Es darf nicht der Hauch von politischer Einflußnahme bei der Berufung der Richter und der Gerichtspräsidenten bestehen.

Wir wollen auch, daß der Generalstaatsanwalt aus dem Kreis der politischen Beamten herausgenommen wird, die jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können. Auch bei ihm darf politische Einflußnahme nicht möglich sein.

Zur Unabhängigkeit der Rechtssprechung gehört auch die Verpflichtung der Richter, ihren Amtsbonus nicht für politische Aktionen einzusetzen.

Das Gegenteil eines kurzen Prozesses heißt nicht: die unendliche Geschichte

Das Vertrauen in den Rechtsstaat nimmt Schaden, wenn die Verfahren vor den Gerichten zu lange dauern. Es ist ein Unding, wenn Rechtsuchende z.B. vor Familiengerichten auf Wartezeiten von 1 - 2 Jahren vertröstet werden.

Wir fordern wieder mehr Amtsgerichte und eine bessere Personalausstattung

der Justiz.

Die Prozesse müssen rascher eröffnet und abgeschlossen werden.

Die Prozeßordnungen sind zu straffen, ohne daß **Beteiligungsrechte verkürzt** werden. In Strafverfahren ist es erforderlich, durch eine **Stärkung des Gerichtshelferdienstes** die Strafurteile besser vorzubereiten.

Gerechtigkeit kennt keine sozialen Schranken. Die wirtschaftlich und gesellschaftlich **Benachteiligten** müssen wirksame Hilfen zur **Rechtsverfolgung** vorfinden.

Wir werden eine Einschränkung der Prozeßkostenhilfe nicht zulassen. Wir setzen uns für den Ausbau der allgemeinen Rechtsberatung ein. Es darf sich nicht mehr lohnen, die rechtliche Unkenntnis vieler Bürger auszunutzen.

Verbrechensopfer haben einen Anspruch auf einfühlsame **Behandlung** vor Gericht und Schutz vor öffentlicher Neugierde.

Der Strafvollzug als Vorbereitung zur **Bewältigung eines künftigen Lebens** in Straffreiheit ist zu verbessern. Wer hier spart, hilft nicht, **Kriminalität** abzubauen.

Die personelle und bauliche Situation im Justizvollzugsdienst muß deshalb erheblich verbessert werden. Auch hier setzen wir auf kleinere menschengerechte Einheiten an Stelle von Mammutanstalten. Statt Verwahrung fordern wir **Wiedereingliederung** in die Gesellschaft.

Im Jugendstrafvollzug ist mehr als bisher auf **Familienbindung, Schul- und Berufsausbildung** sowie sozialtherapeutische Betreuung zu setzen.

Verwaltung heißt dienen, nicht dienen

Die öffentliche Verwaltung muß sich stärker wieder ihrer **dienenden Funktion** bewußt werden. Sie darf durch das **Geflecht der Bürokratie** weder **persönliche Initiativen** unterdrücken noch **Formen unterschiedlicher Lebensgestaltung** einebnen.

Bürgerfreiheit bedeutet auch in erster Linie, sich gegenüber **Behörden behaupten** zu können. Deshalb muß der einzelne in ihn betreffenden Verfahren **größerem Einfluß** haben. Dazu gehört das **Akteneinsichtsrecht** in **eigenen Angelegenheiten**.

Für **Verwaltungsprobleme** muß den Bürgern eine **allgemeine Hilfs- und Beschwerdeinstanz**, der **Bürgerbeauftragte**, zur Verfügung stehen. Er soll vom Landtag gewählt und diesem zugeordnet werden.

Wir wollen, daß schon der behördliche Umgangston mit dem **Bürger** **zuvorkommender** wird. Dazu gehört auch eine **einfachere und verständlichere Amtssprache**. Es muß möglich sein, daß **mindestens einmal in der Woche** die Behörden auch **abends geöffnet** haben.

Viele Initiativen im wirtschaftlichen oder privaten Bereich sowie auf dem Gebiet der Umwelt oder der sozialen Hilfen ersticken im Wust der Vorschriften, Formulare und undurchsichtigen Zuständigkeiten. Selbst wenn der Gesetzgeber nicht alles geregelt hat, werden diese Lücken durch Verordnungen, Richtlinien und behördeninterne Regelungen gefüllt. Die Bürokratie ist gewachsen. Wir müssen die Auswüchse der Verwaltung beschneiden.

Das bedeutet: Vorschriften abbauen, Richtlinien weitestgehend beseitigen, Behördenorganisation straffen, Zuständigkeiten sinnvoll neu ordnen, Entscheidungen nach unten - bürgernah - verlagern, Personal nach geändertem Bedarf umschichten und flexibel einsetzen, wirtschaftliche Arbeitsweisen und Organisationsmethoden einführen sowie sich privater Einrichtungen bedienen.

In Zusammenarbeit des Datenschutzbeauftragten und unabhängigen Systemanalytikern sind die Voraussetzungen für eine Nutzung neuer Kommunikationstechniken (z.B. EDV) zu prüfen.

Um der Freiheit der Bürger willen muß sich der Staat aus mehr Lebensbereichen heraushalten. Aufgaben, die nicht unbedingt von der Verwaltung erledigt werden müssen, sollen privatisiert werden. Dazu gehören z.B. Bauhöfe und Planungsleistungen.

Wer vernetzt ist, ist nicht mehr frei

Die elektronische Datenverarbeitung kann zur Verbesserung der Verwaltungsabläufe beitragen. Sie darf jedoch nicht die Freiheit der Bürger durch ein Netz von personenbezogenen Datenbanken, Informationskanälen und Überwachung ersticken.

Es darf keine unbegrenzte Datenerhebung, Datenspeicherung und Datenübermittlung geben.

Wir wollen, daß die Erfassung durch Meldezettel in den Hotels, auf Campingplätzen und in Sportboothäfen aufhört.

Der Datenschutzbeauftragte im Regierungsapparat hat zu wenig Freiraum. Wir wollen, daß ein unabhängiger Datenschutzbeauftragter beim Landtag die Verwaltung auf deren Datengebrauch ständig kontrolliert und für den bedrängten Bürger Anlaufstelle ist.

Die Politik beginnt in der Gemeinde

Die Kommunalverwaltung muß wieder stärker zu einer Verwaltung der örtlichen, lebensnahen Belange durch die Bürger selbst werden.

Die Entscheidungen dürfen nicht nur Parteigruppierungen überlassen bleiben. Die Anreize, in der Kommunalpolitik mitzuarbeiten, müssen verstärkt werden. Deshalb ist im Kommunalwahlrecht die Möglichkeit der Stimmenhäufung und des unmittelbaren Einflusses der Wähler auf die Reihenfolge der

Kandidaten einzuführen.

Wir wollen, daß Bürgermeister und Landräte künftig unmittelbar gewählt werden.

Mit dem Ausbau der Minderheitenrechte in den Kommunalparlamenten soll auch ein eigenes Initiativrecht der Bürger, das Bürgerbegehren, geschaffen werden.

Wir fordern das Grundmandat in allen Ausschüssen.

Das Landesparlament ist der Ort des Geschehens

Zunehmend verliert das Parlament seinen verfassungsmäßigen Einfluß.

Regierung und Verwaltung bestimmen mit ihren Vorlagen die Abgeordneten und damit die Rechtsgrundlage für ihr eigenes Handeln.

Wir wollen das Landesparlament durch eine umfassende Parlamentsreform gegenüber Regierung und Verwaltung wieder stärken.

Dazu gehören unter anderem die Einführung einer Kabinettsberichterstattung vor dem Landtag, eine offenere Gestaltung der Landtagsdebatten mit einem größeren unverplanten Zeitanteil für Aussprachen. Dazu gehört auch, daß die Landtagsausschüsse so oft wie möglich sachkundige Bürger anhören und öffentlich tagen.

Gleichberechtigung ist mehr als Emanzipation

Die nach dem Grundgesetz garantierte Gleichberechtigung der Geschlechter ist zum Nachteil der Frauen noch lange nicht in allen Bereichen verwirklicht. Die Benachteiligung von Frauen in Beruf und Gesellschaft muß beseitigt werden.

Trotz vieler Erklärungen und Ankündigungen ist zu wenig geschehen. Wir wenden uns gegen Überreaktionen wie z.B. die Quotenregelung für Frauen. Frauen brauchen keine Privilegien.

Wir werden jedoch dafür kämpfen, daß Frauen für gleiche Arbeit gleichen Lohn sowie Zugang zu allen Ausbildungswegen und Berufen erhalten. Wir fordern die gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufwertung der Aufgaben in Haus und Familie.

Wir fordern eine unabhängige Gleichstellungsbeauftragte für Frauen in Schleswig-Holstein.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Die Kulturpolitik soll den Menschen helfen, sich selbst zu finden und ein erfülltes Leben zu führen. Dieses Ziel verlangt in Schleswig-Holstein verstärkte Anstrengungen des Landes.

Ein Teil der ländlichen Gebiete ist z.B. noch nicht einmal durch Fahrbüchereien an das öffentliche Bibliothekswesen angeschlossen.

Im Zeitalter des Kabelfernsehens und der Videogeräte wollen wir eine bessere Unterstützung von Büchereien, Museen, Volkshochschulen, Musikschulen, Laienspielgruppen, Orchestern und Chören, Kunstvereinen, Volksbühnen und kommunalen Kinos. Zahlreiche Vorhaben unabhängiger, sich für die Sache einsetzender Bürger und ihrer Vereine und Verbände verdienen eine stärkere Förderung durch das Land.

Überregional bedeutsame Veranstaltungen, wie das erfolgreiche Schleswig-Holstein-Musik-Festival, können die Breitenarbeit vor Ort nicht ersetzen.

Vielfalt und Wettbewerb der Meinungen gehören zu einer Demokratie. Die Struktur von Presse, Hörfunk und Fernsehen muß diesem Auftrag entsprechen.

Die fortschreitende Konzentration im Zeitungswesen gefährdet in zunehmendem Maße das Informationsangebot.

Die Einführung Neuer Medien rechtfertigt sich nicht aus dem Umstand, daß sie technisch möglich sind.

Neue Medien dürfen Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt nicht schwächen, vielmehr müssen sie die Informationsmöglichkeit erhöhen.

Neue Medien dürfen die Funktion des NDR als Dreiländeranstalt mit öffentlich-rechtlicher Struktur nicht schwächen. Nur ein unabhängiger Rundfunk garantiert das Recht des Bürgers auf umfassende Information, Bildung und Unterhaltung.

Kunst braucht Freiheit

Kunst- und Kulturförderung soll künftig weniger bürokratisch sein. Wir fordern deshalb, die Kulturstiftung unabhängig auszugestalten. Solange der Vorstand der Kulturstiftung aus zwei Staatssekretären und dem Landesmuseumsdirektor besteht, sind parteipolitische Einflüsse nicht auszuschließen.

Die offizielle Landeskünstlerliste, die derzeit darüber entscheidet, wer öffentliche Zuschüsse für »Kunst am Bau« erhält, muß abgeschafft werden.

Für das Land ist ein Museumsplan zu erstellen und fortzuschreiben. Die bestehenden Lücken in der Darstellung der Industriekultur sind zu füllen.

Nur wer frei wählen kann, ist auch frei

Das Bildungswesen muß freie Wahlmöglichkeiten bieten, damit es den unterschiedlichen Interessen und Begabungen der Menschen gerecht wird. Eine Vielfalt staatlicher und privater Bildungseinrichtungen muß gewährleistet sein.

Wir setzen uns ein für den Erhalt des in Schleswig-Holstein bestehenden Schulsystems einschließlich der vier Gesamtschulen.

Wir wollen, daß eine Entscheidung für eine bestimmte Schule frei und ohne finanzielle Nachteile getroffen werden kann. Schuleinzugsbereiche dürfen nicht den Weg zur gewünschten Schule erschweren oder versperren. Bei der Beförderung dürfen Schüler, die eine Schule des Nachbarkreises besuchen wollen, nicht von der Kostenerstattung ausgeschlossen werden. Wir fordern einen freien und durch gerechte Verteilung der öffentlichen Förderungsmittel erleichterten Zugang zu den staatlichen und privaten Schulen.

Auch bei sinkenden Schülerzahlen darf es kein Schulsterben geben. Wir wollen keine Großeinrichtungen, sondern kleine, überschaubare und in der Nähe gelegene Schulen behalten. Das verlangt neue Anstrengungen in der Lehrerbildung.

Die Freien Waldorfschulen und die Nordische Universität sind Beispiele dafür, wie durch Privatinitiative Bildungsvielfalt möglich wird.

Auch durch ein breites Fächerangebot in den Schulen, z.B. sog. »kleiner« Wahlfächer, wie Informatik, Technik, Wirtschaft, Rechtskunde, Spanisch und Russisch, sowie durch pädagogische Freiräume in den Lehrplänen - mindestens 1/3 des Unterrichts zur freien Gestaltung - soll das Hauptziel liberaler Bildungspolitik erreicht werden.

Wir wollen die menschliche Schule. Dazu gehört, daß Schüler, Lehrer und Eltern nicht durch zu viel Bürokratie gegängelt werden. Dazu gehört auch, daß ideologische Grabenkämpfe um Schulformen endlich beendet werden.

Bildung ist Zukunft

Wer in Schleswig-Holstein eine Schule oder Hochschule besucht, soll eine Ausbildung erhalten, die ihm große Chancen für eine spätere Berufstätigkeit bietet. Dies betrifft sowohl die vielfach gestiegenen Anforderungen an die Allgemeinbildung, wozu heute auch Kenntnisse in Wirtschaft, Politik und Technik gehören, als auch die Vermittlung moderner, für die Zukunft wichtiger Kenntnisse und Fertigkeiten. Es darf nicht passieren, daß Schleswig-Holsteiner auf dem Arbeitsmarkt außerhalb unseres Landes ins Hintertreffen geraten.

Die Bildungseinrichtungen sollen schöpferische Anstöße geben, neue Techniken berücksichtigen und aufgeschlossen sein für erkennbare Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die frühzeitige Vorbereitung auf den zunehmenden Einsatz der Mikroelektronik, aber auch die Hilfestellung zur Bewältigung der sozialen Veränderungen der sich entwickelnden »Informationsgesellschaft« müssen verstärkt werden.

Es wird künftig nur noch wenige Berufe geben, die ohne Computertechnik ausgeübt werden. Dies betrifft sowohl die Büroberufe, als auch die produzierenden oder verarbeitenden Tätigkeiten.

Wir wollen das zehnte Pflichtschuljahr - wahlweise flächendeckend an der Hauptschule oder Berufsschule - mit verstärkter Berufsvorbereitung. Nur wer auf die technische Entwicklung vorbereitet ist, wird mit ihr leben können.

Die Schule prägt das Leben

Die Schule ist die erste Einrichtung des demokratischen Rechtsstaates, mit der junge Menschen viele Jahre hindurch zu tun haben. Nicht nur die Qualität des Unterrichts ist wichtig. Für Freiheit und Demokratie wird sich nur der einsetzen, der Toleranz und Aufgeschlossenheit bereits in der Schule erlebt hat.

Ihre Tätigkeit darf nicht unter Berufung auf das geltende Schulgesetz durch kleinliche Gängelung und grundloses Mißtrauen beschränkt werden.

Wirtschaft ist nicht alles - aber ohne Wirtschaft ist alles nichts

Libérale Wirtschaftspolitik sichert ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit. Sie unterstützt die Leistungs- und Risikobereitschaft des einzelnen nach der Leitlinie: So viel Markt und so wenig Staat wie möglich.

Die Bürger wollen keine Almosen vom Staat. Sie wollen ihr Leben selbst gestalten können. Eigeninitiative und Leistungswille sind die entscheidenden Triebfedern für technischen Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung zum Vorteil aller.

Besondere Stärkung verdienen mittelständische Betriebe in Handel, Handwerk und Freien Berufen. Sie können viele Dienstleistungen schneller und wirtschaftlicher erbringen als Einrichtungen der öffentlichen Hand:

Unser Land ist seit Jahrzehnten im Tal des Süd-Nord-Gefälles. Unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft und überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit sowie besonders problembeladene Wirtschaftszweige wie Schiffbau und Landwirtschaft prägen das Bild. Sie sind mit der Randlage Schleswig-Holsteins nicht ausreichend zu erklären.

Wir müssen endlich die »Aufholjagd des Nordens« beginnen. Dazu reicht es nicht aus, Straßen und Häfen auszubauen sowie Energie in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen.

Was Not tut, ist die Einrichtung von Forschungs- und Innovationsinstituten, die mit der Wirtschaft eng zusammenarbeiten. Nur so sind Firmenansiedlungen und damit Arbeitsplätze zu erwarten.

Auch in Schleswig-Holstein heißt es: im Westen nichts Neues

Die Situation im Landesteil Schleswig und an der gesamten Westküste ist besonders unbefriedigend.

Hier haben wir die höchsten Arbeitslosenzahlen, das geringste Wirtschaftswachstum, die schlechteste Infrastruktur.

Die jahrzehntelange Vernachlässigung dieser Region muß aufhören.

Wir wollen einen stärkeren Einsatz von Landesmitteln für gezielte Strukturverbesserungen. Hierzu gehört die Einrichtung eines regionalen Investitions- und Entwicklungsfonds, über den eine aktive und unbürokratische Wirtschaftsförderung möglich wird.

Wir brauchen eine verstärkte Werbung für die Westküste, damit Zukunftsunternehmen gewonnen werden können. Wir benötigen eine wissenschaftliche Begleitung solcher Betriebe über einen längeren Zeitraum. Unsere Hochschulen und die Nordische Universität sollen hierfür besondere Mittel erhalten.

Wer der Westküste helfen will, muß den Ausbau eines Oberzentrums vorantreiben, das alle notwendigen Bildungs- und Forschungsinstitute sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen besitzt.

Der Anschluß an neue Kommunikations- und Forschungsnetze über die Verkabelung auch in den strukturschwachen Randzonen darf nicht zurückgestellt werden.

Wir fordern, daß Forschungseinrichtungen der Biotechnologie sowie der Energieversorgung (z.B. Windkraftanlagen) gezielt für die Westküste vorgesehen werden.

Ein »Laden-öffne-dich« kann helfen

Das geltende Ladenschlußgesetz bevormundet Verbraucher und Einzelhändler gleichermaßen.

Wo leben wir eigentlich, daß einem Einzelhändler untersagt wird, seine Kunden frühmorgens, spätabends, samstags oder sonntags zu bedienen. In jedem anderen Land der westlichen Welt ist dies eine Selbstverständlichkeit.

Wir alle sind die Hetzeinkäufe nach Arbeitsschluß leid. Die Unternehmen und die Beschäftigten, insbesondere die vielen Teilzeitbeschäftigten dieser Branche müssen die Möglichkeit nutzen können, durch Veränderung der Ladenöffnungszeiten die persönliche Arbeitszeit flexibler zu gestalten. Dadurch dürfen die sozialen Schutzrechte der Arbeitnehmer nicht gefährdet werden.

Wir werden im Land jede Möglichkeit ausnutzen, die Starrheit des Ladenschlußgesetzes zu durchbrechen. Die Freiheit längerer Öffnung für Geschäfte an Verkehrsknotenpunkten in Großstädten und an internationalen Fährhäfen wirkt sich in Schleswig-Holstein nur in Kiel und Lübeck aus. Wir wollen den erfolgreichen Berliner Versuch vom Sommer 1985 übernehmen, wo an mehre-

ren Freitagabenden den Einzelhändlern freigestellt wurde, ihre Läden länger geöffnet zu halten.

Was bereits in den Kur- und Ferienorten mit flexiblen Ladenöffnungszeiten möglich ist, muß im ganzen Land Schleswig-Holstein möglich sein.

Die Werften brauchen mehr als nur schöne Worte

Im Zweiküstenland Schleswig-Holstein sind die Werften ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie sind mehr als nur bedroht.

Ein Markt für Handelsschiffneubau besteht so gut wie nicht mehr.

Weltweite Überkapazitäten und weltweiter Subventionswettbewerb bedingen für deutsche Werften hohe Verluste. Die Finanzierungsrisiken der Vergangenheit haben zu teilweise katastrophalen Verhältnissen geführt.

Es führt kein Weg daran vorbei: Die Kapazitäten der Werften sind weiter abzubauen. Dieser Prozeß muß sozial abgesichert werden, z.B. durch Programme zur Fortbildung und Umschulung und für verstärkte Mobilität der Arbeitnehmer.

Die notwendigen Struktur- und Finanzhilfen müssen mit einer gemeinsamen norddeutschen Schiffbaupolitik verbunden werden.

Es bedarf klarer Rahmenbedingungen des Staates, um die Entscheidung zum Kapazitätsabbau und zur angemessenen Verkleinerung richtig treffen zu können.

Die Chance, die verbleibenden Kapazitäten zu nutzen, liegt im Spezialschiffbau.

Gerade hier haben sich die privaten kleinen und mittleren Werften mit ihrer Fähigkeit zum schnellen Reagieren hervorgetan.

Ihre Bemühungen sind dadurch zu unterstützen, daß das Exportförderungsprogramm der norddeutschen Länder wiederbelebt wird.

Schleswig-Holstein ist Anteilseigner bei der Howaldtswerke Deutsche Werft AG. Dies darf nicht dazu führen, daß die staatliche Großwerft im Vergleich zu den kleinen und mittleren Werften bevorzugt unterstützt wird. Das Land hat alles zu unterlassen, was aufgrund der staatlichen Beteiligung zu Wettbewerbsverzerrungen führt.

Die Beteiligung an HDW ist aufzugeben.

Technologie sichert die Zukunft

Das Land Schleswig-Holstein ist im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik ohne Not ins Hintertreffen geraten.

Statt in Flensburg steht die nördlichste Technische Universität der Bundesrepublik jetzt in Hamburg-Harburg.

Die Ansiedlung von Betrieben mit technologisch hochwertigen Produkten, die

Einrichtung entsprechender Forschungsinstitute ist in den siebziger Jahren verschlafen worden.

Wir wollen in Schleswig-Holstein in einigen Schwerpunkten Technologieparks einrichten, landesweit technische Informationssysteme schaffen und Risikokapitalsammelstellen bilden.

Das Küstenland Schleswig-Holstein bietet sich als Standort für maritime Technologien geradezu an.

Es darf nicht das Gießkannenprinzip herrschen, es müssen einzelne Standorte gezielt gefördert werden. Sonst wird allen zu wenig geboten.

Sanierung des Landeshaushalts nötig

Die hohe Verschuldung des Landes macht es notwendig, den Landeshaushalt zu sanieren. Diese Aufgabe ist noch nicht erfüllt. Es ist noch kein Fortschritt, wenn die Nettoneuverschuldung eingefroren wird. Mehr finanzpolitischer Spielraum ist nur zu erreichen, wenn die Neuverschuldung drastisch gesenkt wird. Das geht nur über Ausgabenkürzungen, insbesondere durch den Abbau von Subventionen. Auch Mischfinanzierungen, an denen verschiedene »öffentliche Hände« (Bund, Land und Kreise) beteiligt sind, müssen im Interesse klarer Verantwortlichkeiten abgebaut werden.

Subventionen sind ein Sumpf, in dem der Wettbewerb erstickt

Subventionen als Lenkungsinstrument in nahezu allen Bereichen der Wirtschaftspolitik sind - parallel zu der anstehenden Steuerreform und Haushaltsanierung - drastisch zu senken. Der Katalog der im Landeshaushalt ausgewiesenen Subventionen ist kaum zu überblicken.

Nur wenn künftig darauf geachtet wird, daß eine strenge Erfolgskontrolle stattfindet, sind zeitlich begrenzte und degressiv gestaffelte Subventionen zu rechtfertigen. Wenn die Zuwendung tatsächlich zusätzliche Investitionen auslöst, ist sie zu vergeben.

Subventionsabbau dient der Marktwirtschaft. Die Einstellung, nicht aufgrund von Leistung, sondern aufgrund eines Haushaltstitels Geld zu wollen, muß beseitigt werden. Voraussetzung dafür ist eine Subventionsberichterstattung unter Einbeziehung des Landes und der Kommunen.

Wir fordern, daß die Landesregierung regelmäßig einen Subventionsbericht vorlegt. Was in Bonn und einzelnen Bundesländern möglich ist, muß auch in Kiel laufen. Wir wollen darüber hinaus, daß die Vorschläge der Sachverständigenkommission zur Überprüfung der Subventionen im Landeshaushalt vom März 1984 endlich umgesetzt werden.

Fremdenverkehr gewinnt an Bedeutung

Ein für unser Land zukunftssträchtiger Wirtschaftszweig ist der Fremdenverkehr. In ihm sind überwiegend mittelständische Gewerbebetriebe und Dienstleistungsunternehmen erfolgreich tätig.

Die Förderung und Entwicklung des Fremdenverkehrs ist ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur gerade in den Gebieten, die zwar landschaftlich, nicht aber für Industrie- und Gewerbeansiedlung reizvoll sind.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die eine Saisonverlängerung ermöglichen. Hierzu gehören abgestimmte Werbekonzepte genauso wie ein umfassendes Angebot »Urlaub und Sport«, »Tagung und Freizeit« sowie ein einbezogenes kulturelles Angebot zur Aktivität am und um den Urlaubsort.

Wir wollen, daß die billigen Einkaufsmöglichkeiten beim grenzüberschreitenden Ausflugs- oder Fährverkehr erhalten bleiben.

Dies gilt auch für die Angelfahrten, die über mehr als 8 Stunden auf See ausgeführt werden.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß Erholungssuchende Natur erleben können, daß sie behutsam an sie herangeführt und sachkundig über sie informiert werden. Wir werden darüberhinaus darauf dringen, daß ausgeräumte Landschaftsteile wieder naturnah hergerichtet und für die Erholung attraktiv werden. Beides trägt dazu bei, den Fremdenverkehr anzuregen und die Saison zu verlängern.

Gleichzeitig muß es möglich sein, für besonders schutzbedürftige Landschaftsgebiete zumindest vorübergehend oder partiell den Zutritt zu verwehren, um der Natur eine Erholungspause ohne jegliche Einflüsse zu verschaffen.

Wie werden wir morgen wohnen?

Die Grundversorgung an Mietwohnungen ist gedeckt, die Mietenentwicklung hat sich beruhigt, die verbesserte Wohngeldregelung hilft vielen, die sich nicht selbst helfen können. Vor diesem Hintergrund ist die Überführung der Wohnungswirtschaft in einen funktionierenden Wohnungsmarkt der beste Mieterschutz! Fehlbelegungen und bürokratische Reglementierungen können drastisch abgebaut werden. Verbesserte Rahmenbedingungen müssen die Eigentumbildung ebenso fördern wie die Pflege des Bestandes und die Verbesserung des Wohnumfeldes. Damit können beschäftigungswirksame Impulse für eine Verstetigung der Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft gegeben werden.

Die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer, die als verkappte Luxussteuer

nicht in unser Steuersystem paßt, ist eine alte liberale Forderung. Wir wollen damit nicht nur eine Steuervereinfachung erreichen, sondern auch Rechtsklarheit und Gerechtigkeit wieder herstellen.

Wer Hilfe braucht, dem muß geholfen werden

Moderne Sozialpolitik erfordert es, jedem einzelnen ein Höchstmaß an Eigenverantwortung zu lassen.

Hierfür die notwendigen Mittel bereitzustellen ist Aufgabe des Staates als Teil seiner Fürsorgepflicht.

Sozialhilfe darf nicht das Auffangbecken für Probleme des Arbeitsmarktes sein. Deshalb wollen wir durchsetzen, daß Arbeitslose durch die Arbeitslosenversicherung und nicht durch die Sozialhaushalte der Gemeinden versorgt werden. Auch älteren Mitbürgern ist es nicht zuzumuten, ihren Lebensabend durch Sozialhilfe statt einer angemessenen Altersrente erleben zu müssen.

Hilfe brauchen auch die Kranken.

Durch gezielte Landesförderung müssen die Sozialstationen neben den bisherigen Leistungen die Hauspflege ausbauen und ihre Träger entsprechendes Fachpersonal beschäftigen können.

Besondere Aufmerksamkeit ist hierbei den psychisch Kranken zu widmen. Ihre Zahl ist höher, als landläufig vermutet wird. Zur ortsnahen Betreuung sollen die Sozialstationen als Koordinierungspunkte vorgesehen werden, in denen die freien Wohlfahrtsverbände zur Betreuung der Kranken zusammenarbeiten.

Diese Aufgaben machen es erforderlich, das soziale Bürgerprogramm aufrecht zu erhalten und auszubauen.

Die Schaffung von Tages- und/oder Nachtkliniken für psychisch Kranke in den Kreisen, angebunden an die Kreiskrankenhäuser, erlaubt eine Verringerung der Bettenzahl in den zentralen Landeskrankenhäusern für unvermeidliche Fälle.

Krankenhäuser sollen akut Kranken Hilfe möglichst in Ortsnähe anbieten. Es lohnt sich deshalb, auch kleinere leistungsfähige Häuser zu erhalten und zu unterstützen.

Der künftige Krankenhausbedarfsplan des Landes soll mehr leistungsfähige und wirtschaftlich arbeitende Privatkliniken berücksichtigen.

Für besondere Fachgebiete sind Schwerpunkt- oder Zentralkliniken erforderlich.

Fischerei muß gesichert werden

Die Fischerei ist fester Bestandteil unserer Küstenregionen. Sie ist nicht durch eigenes Verschulden in große Existenznöte geraten.

Die Fischer wollen keine Almosen in Form von Subventionen, sondern erheben Anspruch auf den Fortbestand und die Sicherung ihrer Existenzen. Eine leistungsfähige Fischerei liegt als Nahrungsproduzent in unserem Interesse. Die Fischerei ist auch ein wichtiger Schützer der Umwelt in unseren Küstenbereichen.

Landwirtschaft betrifft uns alle

In Schleswig-Holstein werden 75 % der Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die Landwirtschaft mit den ihr vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen stellt 22 % der Arbeitsplätze. In einigen ländlichen Regionen ist fast jeder Arbeitsplatz mit der Landwirtschaft verbunden.

Eine leistungsfähige, ökonomisch und ökologisch gesunde Landwirtschaft liegt im Interesse aller. Auch Landwirtschaft ist unsere Umwelt.

Landwirtschaft in Not

Zu späte und zum Teil falsche Akzente in der EG-Agrarpolitik haben die Überschüsse an Agrarproduktion ständig wachsen lassen. Jetzt gefährden Nahrungsmittelberge die Aufrechterhaltung notwendiger Marktordnungen und blockieren eine sachgerechte Preispolitik. Es droht der finanzielle Kollaps jeglicher Agrarpolitik und der Ruin vieler landwirtschaftlicher Betriebe.

In Schleswig-Holstein sind 15 % der Vollerwerbsbetriebe schon heute akut und weitere 30 - 40 % mittelfristig in ihrer Existenz gefährdet.

EG-weite und nationale Finanzhilfen sind zwar dringend erforderlich. Sie sind auf Dauer keine Lösung. Ein grundsätzlicher Wandel der Agrarpolitik ist nötig.

Mut zur Wahrheit

Agrarpolitik kann kein Eigenleben führen; sie ist in das gesamtwirtschaftliche Umfeld eingebettet. Bei Absatzschwierigkeiten muß die Landwirtschaft wie die Industrie Produktionskapazitäten abbauen oder umwidmen. Nur so bleiben Preise und Einkommen stabil.

Zur Lösung der Überschußprobleme kommen als Sofortmaßnahmen in Betracht: Flächenstillegungen auf begrenzte Zeit; staatlicher Ankauf von Quoten bei mengenmäßig reglementierten Produkten oder lineare Quotenkürzung mit Finanzausgleich, bis die Produktion dem tatsächlichen Bedarf entspricht; Anbau von alternativen, absetzbaren Produkten, der aber nicht zu erneuten überhöhten Marktordnungskosten führen darf, wie es bei Raps, Futtererbsen und Ackerbohnen der Fall ist. Außerdem ist sofort EG-weit jede Förderung zur Produktionsausweitung in allen Überschußbereichen zu stoppen.

Die Maßnahmen zur Produktionsdrosselung sollten EG-weit und vorrangig auf freiwilliger Basis durch entsprechende staatliche Angebote erfolgen.

Mittelfristig müssen Flächenumwidmungen auf Dauer zugunsten von Naturschutz, Wald auf neuen Standorten sowie Extensivierungen der Landbewirtschaftung im Rahmen der EG-Ausgleichszulage und im Bereich der Nebenerwerbslandwirtschaft zur Marktentlastung führen.

Die Landwirtschaft braucht faire Marktchancen

Wir lehnen das Instrument der Preissenkung zur Beseitigung von Überschußkapazitäten ab. Existenzgefährdung vieler Betriebe, Schwächung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes und das Erliegen von Leistungen für die Kulturlandschaft wären die Folge.

Mittelfristiges Ziel muß es sein, daß die Landwirte als Unternehmer im Familienbetrieb wieder über die Preise ihren Lohn- und Betriebsanspruch erwirtschaften können.

Wir räumen der Preispolitik zur Sicherung der Einkommen Vorrang vor anderen Maßnahmen ein.

Sie muß sich an den Daten effizient wirtschaftender Betriebe orientieren.

Marktordnungs- und Sozialpolitik müssen voneinander getrennt werden

Landwirten in benachteiligten Gebieten kann über die EG-Ausgleichszulage, umsatzschwachen Betrieben kann durch Zuerwerb außerhalb der Landwirtschaft oder aus dem Sozialhaushalt geholfen werden.

Infolge der wirtschaftlichen Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund der Überschußsituation auf dem Agrarmarkt sowie des technischen und biologischen Fortschritts wird der Strukturwandel in der Landwirtschaft weitergehen. Deshalb muß das agrarsoziale Ergänzungsprogramm fortgeschrieben werden. Insbesondere fordern wir eine zügige Verwirklichung des von der EG-Kommission eingebrachten sozio-strukturellen Programms, das Landwirten ohne Hofnachfolger einen Vorruhestand wie in anderen Berufen ermöglicht. Dabei soll das abzugebende Land vorrangig ökologischen Zwecken und nicht der Nahrungsmittelproduktion dienen.

Chancen durch Nebenerwerb

Es ist besorgniserregend, daß wachsende Anteile der Agrarhaushalte in Form von Ausgleichszulagen und sozialen Beihilfen an den Vollerwerbsbetrieben in

Schleswig-Holstein vorbeigehen. Sie bleiben auf der Strecke, wenn ein überfüllter Markt ihnen über die Preise kein ausreichendes Einkommen bietet. Oberstes Ziel unserer Agrarpolitik ist es, breitgestreutes Eigentum an Grund und Boden zu erhalten. Für Vollerwerbsbetriebe muß dieses Ziel über Agrarpreise, für Nebenerwerbsbetriebe durch außerlandwirtschaftliches Einkommen erreicht werden.

Schon heute werden im Bundesgebiet mehr als 40 % aller Höfe als Neben- oder Zuerwerbsbetrieb geführt. In Schleswig-Holstein sind es 29 %. Dieser Anteil wird zunehmen.

Es ist falsch, dem Teil unserer Vollerwerbsbetriebe, die keine dauerhaften Chancen haben, durch Sonderquoten und Sonderkredite ein Überleben in der Agrarproduktion vorzugaukeln. Eine solche Politik gefährdet letztendlich das Eigentum und fördert das erbarmungslose »Wachsen oder Weichen«.

Sinnvoller ist es, rechtzeitig nach einem sicheren Einkommen außerhalb der Landwirtschaft Ausschau zu halten. Die Frage nach der zukünftigen Bewirtschaftungsform des Hofes sollte bereits bei der Berufsausbildung des Hofnachfolgers gestellt und beantwortet werden.

Wir treten für eine Förderung der Umstellung zum Nebenerwerbsbetrieb durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum ein. Erst dadurch wird dem einzelnen Landwirt seine Entscheidung für Haupt- oder Nebenerwerb in unserem Lande möglich gemacht.

Je sicherer das Einkommen außerhalb der Landwirtschaft ist, um so größer wird die Bereitschaft der Nebenerwerbslandwirte sein, eine extensive Hobbylandwirtschaft zu betreiben. Damit eröffnet sich nicht nur die Chance, ökologische Oasen zu schaffen, sondern auch den Markt zu entlasten.

Ökologische Verantwortung muß von allen getragen werden

Gesundheit und Produktionskraft der Böden sind im rohstoffarmen Schleswig-Holstein die wertvollsten Naturgüter, die im Interesse der Zukunft aller erhalten werden müssen.

Die Belastung durch Schadstoffe aus der Umwelt muß reduziert werden.

Landschaftspflege kostet Geld.

Dies muß von allen getragen werden. Außerdem muß die Wissenschaft sinnvolle Wege einer Neuorientierung aufzeigen:

Die Intensität der Agrarproduktion muß den ökologischen Erfordernissen angenähert werden.

Die Landwirtschaft ist in das Verursacherprinzip einzubinden.

Die Untersuchung der Wirkungen des Pflanzenschutzmittelsatzes muß verstärkt gefördert und betrieben werden. Die gewonnenen Erkenntnisse eines umweltverträglichen, integrierten Pflanzenschutzes sollten sofort an die landwirtschaftliche Praxis herangetragen werden.

Die Kriterien eines artengerechten Tierschutzes in der Tierhaltung sind zu beachten.

Biologische Anbau- und Aufzuchtmethoden sollen grundsätzlich mindestens entsprechend gefördert werden wie die konventionelle Landwirtschaft. Dies trifft insbesondere die Bereiche Beratung und Vermarktung.

Eine Regionalisierung der Agrarpolitik ist nötig

Die 12 EG-Länder lassen sich wegen ihrer unterschiedlichen Agrarstrukturen und Produktionsbedingungen nicht von einer zentralen Großbürokratie über einen Kamm scheren.

Es muß endlich Schluß sein mit Brüsseler Fehlentscheidungen, die letztendlich keiner verantwortet, den Landwirten aber die Folgen aufbürdet. Es muß endlich Schluß sein mit einer Agrarpolitik, die den Ereignissen hinterherläuft und mit kleckernden Hilfsmaßnahmen am Rande Schlimmstes zu verhüten sucht.

Agrarpolitik muß die Zukunft richtig einschätzen und vorausschauende Beschlüsse fassen. Eine energische Produktionsdrosselung ist notwendig bei gleichzeitiger Schaffung von Alternativen für die davon betroffenen Menschen und Agrarflächen.

Nur so entsteht eine Zukunft für Landwirte, eine Zukunft durch Leistung. Im Interesse der europäischen Integration sind Rahmenbedingungen nötig, die ein Höchstmaß an Entscheidungsfreiheit, Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in überschaubaren Regionen zulassen.

Das gilt auch für die Ausgestaltung der von uns geforderten Stilllegung und Umwidmung von Produktionskapazitäten.

Die F.D.P. hat genug Ideen zur Problemlösung. Sie ist bereit, sie verantwortlich zu verwirklichen. Mit Ihrer Hilfe.

(Beschuß des Landesparteitages der F.D.P. Schleswig-Holstein vom 21./22. Februar 1987 in Damp.)